



**Für einen sozialen, ökologischen  
und weltoffenen Kreis Warendorf -  
Gemeinsam schaffen wir das!**

**Programm zur Kreistagswahl 2009**

**DIE LINKE.**

## **Impressum**

Herausgeber:  
DIE LINKE Kreisverband Warendorf  
Bonifatiusstraße 26  
5929 Ahlen

V.i.S.d.P. Knud Vöcking  
c/o DIE LINKE WAF

## Inhaltsverzeichnis

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!	2
Sozial ist muss!	3
Hartz IV muss weg!	4
Keine Privatisierung von kommunalen Tätigkeiten	5
Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht	6
Frauen und Männer gemeinsam - Gleiche Rechte, Gleiche Chancen	9
Für eine sozial gerechte Familienpolitik	11
Jugend	12
Migrantinnen und Migranten	14
Bildungseinrichtungen sind für alle da	15
Umwelt und Verkehr	18
Antifaschismus	19

## **Für einen sozialen, ökologischen und weltoffenen Kreis Warendorf - Gemeinsam schaffen wir das!**

### **Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!**

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

- Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Deshalb treten wir ein für:
- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle
- grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung
- Nein zu den Hartz-Gesetzen, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nicht-behinderte, Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung
- Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom

Geldbeutel der Eltern, Ganztagesplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche

- umfassende demokratische Mitwirkung, die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen, wie der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Wir wollen soziale, lebenswerte und demokratische Städte und Gemeinden im ganzen Kreis Warendorf.

Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken, Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in NRW und seinen Kommunen entscheidend zurückgedrängt wird. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten Alternativen durchgesetzt werden können.

### **Sozial ist muss!**

Seit Jahren wird in Berlin von der großen Koalition, und vorher von der rot-grünen Bundesregierung, eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieben. Arbeitnehmerschutz- und Mitbestimmungsrechte sowie gesicherte Beschäftigungsverhältnisse werden zugunsten einer schrankenlosen Entfaltung des Kapitals eingeschränkt. Dabei wird auch auf das Sozialstaatsgebot in Artikel 20 unseres Grundgesetzes keine Rücksicht genommen. Die sozialen Risiken werden immer mehr privatisiert.

Die Auswirkungen dieser menschenverachtenden Politik wird auch im Kreis Warendorf immer sichtbarer. Immer mehr Betriebe in unserem Kreis betreiben eine rücksichtslose Tariffucht. Immer mehr Betriebe lagern ganze Betriebsteile aus, um die Tätigkeit durch Billiglohnfirmen erledigen zu lassen. Immer mehr Leiharbeitsfirmen breiten sich immer mehr aus. Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm. Befristete Arbeitsverhältnisse sind längst die Regel und Festeinstellungen die Ausnahme. Für immer mehr Menschen ist ausreichende Rente im Alter unerreichbar geworden. Für immer mehr Menschen unse-

res Kreises ist eine ordentliche Versorgung bei Krankheit nicht mehr finanzierbar. Dieses darf nicht mehr tatenlos hingenommen werden.

Auch im Kreis Warendorf müssen wir uns gegen Agenda 2010 und Hartz IV zur Wehr setzen. Deshalb will DIE LINKE die Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürger des Kreises Warendorf, mit allen sozialen Bewegungen, den Vereinen und Verbänden, vor Ort erfahrbare Verbesserungen für die Menschen unseres Kreises durchsetzen.

### **Hartz IV muss weg!**

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Hartz IV ist zwar ein Bundesgesetz, trotzdem kann der Kreis mit flankierenden Maßnahmen tätig werden:

- Nutzung des Spielraumes in Hartz IV, Entscheidungen zu Gunsten der Betroffenen
- Schluss mit Zwangsumzügen und der Drangsalierung von ALG II EmpfängerInnen
- Volle Anrechnung von Miet- und Mietnebenkosten
- Kreisweite Einführung von Sozialtickets für Bus und Bahn für Menschen mit geringem Einkommen.
- Einführung eines kreisweiten Sozialpasses
- Förderung von unabhängigen Arbeitslosenberatungsstellen
- Kostenloses Mittagessen in Schulen und Tageseinrichtungen für alle Kinder
- Einrichtung von öffentlich finanzierten Beratungs- und Ombudsstellen, die dabei helfen, Rechte und Ansprüche durchzusetzen

Auch bei dem Einsatz der 1 Euro-Kräfte muss im Kreis sofort eine andere Praxis an den Tag gelegt werden. Es ist ein Skandal, dass durch einen Beschluss der Bürgermeisterkonferenz jugendliche Arbeitslose durch Androhung von 1 Euro-Jobs davon abgehalten werden ALG II zu beantragen. Diese Praxis im Kreis Warendorf grenzt schon an

Nötigung und Rechtsbeugung. Wenn überhaupt, dürfen 1 Eurojobs nur auf freiwilliger Basis angeboten werden und nicht als Instrument genutzt werden um Leistungen zu kürzen oder zu streichen. In kommunalen Einrichtungen sind 1 Eurojobs umgehend in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

### **Keine Privatisierung von kommunalen Tätigkeiten**

Aufgaben der Daseinsfürsorge müssen in kommunaler Trägerschaft bleiben. Wasser, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Energie, Wohnen, Bildung, Gesundheit, ÖPNV müssen in öffentlicher Hand bleiben. Die Verschleuderung von öffentlichem Eigentum führt zu höheren Verbraucherpreisen, schlechteren Leistungen sowie schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen.

Der Kreis Warendorf muss sich für eine Änderung der Verschärfung des Wirtschaftsverbotes in § 107 der Gemeindeordnung einsetzen. Die Einschränkung für die Kommunalwirtschaft durch die schwarzgelbe Mehrheit im Landtag unter der Losung „Privat vor Staat“ muss wieder geändert werden.

Darüber hinaus muss die Wirtschaftsförderung und Vergabepraxis von öffentlichen Aufträgen geändert werden. Schon privatisierte kommunale Dienstleistungen des Kreises Warendorf müssen wieder zurück in die öffentliche Hand. Eine Kreiswirtschaftsförderung muss ohne Standort-konkurrenz der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf erfolgen.

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist an die Einhaltung von Tarifverträgen, sozialrechtlichen Bestimmungen und ausreichend Ausbildungsplätzen zu binden.

Soziale Gerechtigkeit beginnt in den Kommunen. Darum lasst uns gemeinsam aktiv werden gegen Lohndumping, Altersarmut, Massen-

arbeitslosigkeit und die Zerschlagung unsere Sozialsysteme. Es gibt viele zu packen, tun wir es ihnen an!

### **Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht**

Auf dem Felde der Seniorenpolitik hat sich eine Vielzahl ungelöster Fragen und Probleme angestaut, die ernsthaft angepackt werden müssen. Unser Land braucht eine neue Kultur des Alters und Alterns

Die neoliberalen Antworten der etablierten Parteien auf die Veränderungen der Altersstruktur in der Gesellschaft bedrohen Millionen Bürgerinnen und Bürger mit Altersarmut, führen zum Absinken des Versorgungsniveaus im Alter und beschädigen auf unverantwortliche Weise den Generationen-zusammenhalt.

Diese Politik ist ungeeignet, die demographischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte auf humanistische Weise zu bewältigen. Ein Umsteuern setzt in den Parteien, der Gesellschaft und den Medien ein anderes Altenbild voraus. Alter ist mehr als letzte Lebensphase, als Rente, Pflege und Kosten. Alter ist ein Lebensabschnitt mit spezifischen Ansprüchen und Bedürfnissen. Die Grundlagen für ein selbst bestimmtes und gesundes Altern werden in der Kindheit, der Jugend und der Erwerbszeit gelegt. Dass immer mehr Menschen nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben länger gesund, aktiv und autonom sind und die Zahl der Frauen und Männer über 80 Jahre rasch zunimmt, ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die bewahrt und ausgebaut werden muss. Der Gesellschaft kann daraus ein großer, potentieller Reichtum erwachsen, wenn sie Willens und in der Lage ist, diese Potentiale fruchtbar zu machen. Wir teilen zugleich die Auffassung vieler Alterswissenschaftler, dass damit die Gesellschaft vor einem großen, bisher ungelösten Zukunftsproblem steht. Damit das Alter in Würde gelebt werden kann, braucht es eine neue Kultur des Alterns und des Alters.



Wir gehen davon aus, dass die Seniorinnen und Senioren keine homogene Gruppe, sondern eine mit besonders heterogenem Charakter ist. Es sind Arme und Reiche, Gesunde und Pflegebedürftige, Ehepaare und Alleinstehende, Menschen aus Stadt und Land, Ost und West, jeweils mit individuellen Lebenserfahrungen.

Die Mitgestaltung eines selbstbestimmten Alterns in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für den Kreis und die Kommunen.

Solange in Nordrhein-Westfalen kein Landesgesetz vorhanden ist, das die Seniorenvertretung regelt, ist ein Seniorenbeirat einzurichten und in der Hauptsatzung des Kreises Warendorf rechtlich abzusichern. Die Berufungen in diesen Seniorenbeirat obliegen ausschließlich dem Kreistag.

Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit dem Kreistag, den Gemeinde- und Stadträten und dem Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demographischen und sozialen Entwicklungen (Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern u.v.). Hierbei muss vor allem gesellschaftlicher Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

Der Privatisierungswahn in den sozialen Bereichen muss gestoppt werden. Er ist eine der Hauptursachen, warum beträchtliche Teile der finanziellen Mittel, die für Alte, Behinderte, Kranke und Pflegebedürftige bereitgestellt werden, bei diesen nicht ankommen und die Effizienz dieser Mittel insgesamt geschmälert wird.

DIE LINKE. tritt ein für:

- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur, Freizeitgruppen, Ehrenamt, Selbsthilfeprojekten und Mitarbeit in der Politik )
- Bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammen wohnen können
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV
- Hilfen für den Verbleib älterer Menschen, bei Erkrankungen, in ihrem sozialen Umfeld
- Ausbau einer seniorengerechten Infrastruktur, gerade in ländlichen Wohngebieten, in den Stadtteilen und Gemeinden durch Einkaufsmöglichkeiten, Apotheken und Ärzte
- Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht
- Berufung der Heimaufsicht durch den Kreistag oder Stadtrat unter Mitwirkung des Seniorenbeirates
- Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege
- Erweiterung der Angebote zur Integration an Demenz erkrankter Menschen
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige
- Ausbau der Versorgung der Palliativmedizin und Verbreiterung des Hospizangebotes
- Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer bei den Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben
- Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst

Im Zentrum unseres Engagements stehen insbesondere die Seniorinnen und Senioren, die infolge des neoliberalen Kurses der Politik zur Wahrung ihrer Rechte und Chancen der Hilfe und Unterstützung bedürfen.

### **Frauen und Männer gemeinsam – Gleiche Rechte, gleiche Chancen!**

Unser Grundgesetz regelt es eindeutig: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Die Frauenbewegung hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Fortschritte zur Verwirklichung dieser Gleichberechtigung erkämpft. Dennoch gibt es noch viel zu tun.

Obwohl Mädchen und junge Frauen inzwischen deutlich bessere Schulabschlüsse erreichen als Männer, werden sie im Beruf weiterhin benachteiligt. Geschlechterstereotypen und Vorurteile verwehren ihnen immer noch so manchen Arbeitsplatz, sie erhalten für gleich qualifizierte Arbeit im Durchschnitt geringere Löhne, viele klassische „Frauenberufe“ sind schlecht bezahlt und haben geringe Aufstiegschancen. Viele sozialversicherungspflichtige Stellen wurden in den letzten Jahren abgebaut und durch „400-Euro-Jobs“ ersetzt. Durch solche Arbeitsverhältnisse bleiben Frauen ökonomisch abhängig, entweder vom (Ehe-)Mann, von der Familie oder vom Staat.

Nach wie vor leiden viele Frauen und Kinder unter häuslicher Gewalt – auch im Kreis Warendorf. Jede vierte Frau wird im Laufe ihres Lebens von ihrem Partner oder Ehemann körperlich und oder sexuell misshandelt. Diese Gewalt ist kein Problem bestimmter Schichten oder Bevölkerungsgruppen, sondern in allen Schichten vertreten.

DIE LINKE setzt sich ein für eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen gleiche Rechte und Chancen haben, in der jede Frau selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen kann und in der Gewalt gegen Frauen geächtet, sowie die Opfer geschützt werden.

Wir fordern:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Öffentliche Aufträge sollen grundsätzlich nur von Kräften in sozialversicherungspflichtigen, tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen durchgeführt werden. Die Kommunen und der Kreis verpflichten sich, bei eigenen Stellen und Aufträgen diese Regel einzuhalten.
- Für Kinderbetreuung in ausreichender Zahl und guter Qualität!
- Frauen, die sich für Familie und Beruf entscheiden wollen, brauchen eine ausreichende Zahl kostenloser, qualitativ hochwertiger und flexibler Betreuungseinrichtungen für Kinder. Es ist allemal besser, die Betreuung für Kinder zu finanzieren, als die Arbeitslosigkeit der Mütter. Hier sind gerade bei uns im Kreis noch große Anstrengungen nötig.
- Mädchen können mehr – Jungen auch!
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass an allen Schulen pädagogische Konzepte zur Überwindung von Rollenklischees entwickelt und eingesetzt werden. Mädchen sollen besonders ermutigt und gefördert werden, Kompetenzen in Mathe, Naturwissenschaften und Technik zu erwerben, um ihre beruflichen Möglichkeiten zu erweitern. Ein „girls' day“ im Jahr ist nicht genug! Für technische und handwerkliche Ausbildungsplätze in den Kommunen sollen Mädchen gezielt angesprochen werden. Jungen sollen insbesondere pädagogische Berufe nahe gebracht werden, damit schon in Kindergärten und Grundschulen männliche Vorbilder vorhanden sind.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Veröffentlichungen daraufhin überprüft werden, ob sie Frauen und Männer in wechselnden Rollen und in einer geschlechtergerechten Sprache darstellen. Wenn in städtischen Publikationen etwa immer nur FeuerwehrMÄNNER und Grundschul-lehrerINNEN vorkommen, verfestigt sich die Vorstellung, dass diese Berufe nur einem Geschlecht zugänglich seien.
- Schutz vor Gewalt und Belästigung!

- DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen ein und fordert eine gezielte Unterstützung von Frauen mit Gewalterfahrungen. Um die Sicherheit für Mädchen und junge Frauen zu erhöhen, setzen wir auf den Ausbau von Nachtbussen, Diskobussen und Anrufsammeltaxis.
- Familienplanung und Schwangerschaft – Frauen- und Männersache!
- DIE LINKE setzt sich ein für Beratungsstellen, die Mädchen und Frauen weltanschaulich unabhängig, ergebnisoffen und umfassend zu allen Fragen von Sexualität, Beziehung, Familienplanung und Schwangerschaft beraten und die auch die gesetzlich vorgeschriebenen Beratungsscheine für Schwangerschaftsabbrüche ausstellen.
- Besondere Unterstützung für Migrantinnen
- Frauen mit Migrationshintergrund brauchen besondere Unterstützung. DIE LINKE fordert daher im Kreis und den Kommunen Projekte zu starten, in denen Migrantinnen ausgebildet werden, um Frauen zu beraten und in allen Fragen praktisch zu unterstützen, zum Beispiel bei schulischen Problemen, im Kontakt mit Behörden und Institutionen oder bei innerfamiliären Konflikten.

### **Für eine sozial gerechte Familienpolitik**

Die Linke will die Lebensbedingungen von Familien verbessern. Sie will eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen und Frauen und Männern ein erfülltes Familienleben sowie berufliche Integration und eine individuelle Existenzsicherung ermöglichen.

Dafür wollen wir uns einsetzen:

- Von Kinderarmut, familienfeindlichen Arbeitszeiten und fehlenden Betreuungs- und Bildungsangeboten sind auch viele Menschen im Kreis Warendorf betroffen. Wenn auch hier der Bund gefordert ist, Abhilfe zu schaffen, so muss die Politik im Kreis

zumindest weitgehende Maßnahmen zur Milderung schaffen.

- Wir fordern ausreichende Betreuungsangebote für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern.
- Kinderkrippen und Kindergärten, die allen zugänglich sind, müssen im gesamten Kreisgebiet umgehend bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Die Elternbeiträge für Kindergarten und Kinderkrippen sind (schrittweise) abzuschaffen.
- Die Arbeitsplätze in diesem Bereich müssen durch gute Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung (Tariferhöhung) und durch einen guten Betreuungsschlüssel attraktiver werden.
- Die Qualität der frühkindlichen Entwicklung und Bildung muss verbessert werden. Dazu sind ausreichend Bildungsmaßnahmen für die Beschäftigten anzubieten.
- Aus der Wirtschaft werden oftmals Forderungen nach besserer Betreuung von Kleinkindern gestellt. Eigene Anstrengungen werden bis auf wenige Ausnahmen vermisst. Deshalb sind von den Unternehmen und sonstigen Arbeitgebern elternfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Unternehmen müssen Eltern kürzere flexible Arbeitszeiten gewährleisten, ohne dass berufliche Nachteile entstehen. Dazu soll der Kreis die Arbeitgeber auffordern und ihnen konkrete Vorschläge machen.
- Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze können vor allem dort entstehen, wo bei der Investition in Infrastruktur und Dienstleistungen für Kinder und Familien der öffentliche Sektor gestärkt wird.

## Jugend

*Selbstverwaltete Jugendzentren für eine engagierte Jugend:*

Es gibt im Kreis Warendorf zu wenige Jugendzentren, die von den Jugendlichen angenommen und in entsprechender Zahl frequentiert werden. Dies liegt nicht zuletzt an der verfehlten Jugendpolitik der so

genannten etablierten Parteien in den vergangenen Jahren und am Festhalten an einer Jugendpolitik, die überholt und bestenfalls in den 70er Jahren angemessen war.

DIE LINKE. steht ein für selbstverwaltete Jugendzentren die von Jugendlichen für Jugendliche verwaltet werden und in denen Jugendliche an allen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Dies führt dazu, dass Jugendliche früh demokratische Prozesse und Verwaltungsnotwendigkeiten sowie soziales Engagement kennen lernen. Deshalb fordert DIE LINKE im Kreis Warendorf ein Umdenken bei der Jugendpolitik und beispielsweise einen verstärkten Einsatz von Streetworkern, die für Jugendliche in prekären Lebenssituationen ein Anlaufpunkt sein und Hilfestellungen bieten können.

### *Mobilität für Jugendliche:*

Solange die Städte und Gemeinden sowie der Kreis Warendorf nicht in der Lage sind Investoren anzulocken, die vor Ort für Jugendliche Freizeitmöglichkeiten wie zum Beispiel Großraumdiskotheken und Trendsportanlagen, schaffen, fordert DIE LINKE im Kreis Warendorf eine verbesserte Anbindung an die Städte Münster und Bielefeld. Der Kreis muss, ungeachtet aller ökonomischen und fiskalischen Überlegungen, an den Wochenenden eine Verkehrsanbindung an die Zentren in der Region in für Jugendliche und junge Erwachsene befriedigender Zahl gewährleisten.

### *Jugendräte schaffen:*

Nach dem Vorbild der Ausländerbeiräte hält es die LINKE im Kreis Warendorf für sinnvoll auch Jugendlichen die Chance auf eine eigene parlamentarische Struktur zu geben, beratend Einfluss auf den Kreistag sowie die Städte- und Gemeinderäte nehmen zu können. Diese Jugendbeiräte sollen sich nach Vorstellung der LINKEN aus den SchülerInnenvertretungen sowie den Jugendverbänden der (im Rat

vertretenen) Parteien, Gewerkschaften und auf Beschluss des jeweiligen Rates anderer sozialer Bewegungen (z. B. Attac, Landjugend, Green-peace, Amnesty International, BUND etc.) zusammensetzen.

### **Migrantinnen und Migranten**

Integration kann nur vor Ort gestaltet werden. Die Menschen im Kreis Warendorf verfügt über eine kulturelle Vielfalt und Tradition, die es zu stärken gilt. Integration erfordert von beiden Seiten die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, einander zu verstehen und sich auf neue gesellschaftliche Realitäten einzulassen. Wir setzen uns für einen Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen ein, in dem gegenseitige Vorurteile abgebaut und ein solidarisches friedliches Zusammenleben gestärkt wird. Migration ist ein Gewinn für eine Gesellschaft und gleichzeitig ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

DIE LINKE tritt ein für ein Integrationsverständnis, das soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe zum obersten Ziel hat, dazu gehört

- auch das Kommunalwahlrecht
- eine Integrationspolitik unter Einbeziehung der Migrationsorganisationen und die Einrichtung eines Ausschusses für Migration und Integration
- ein kommunales, wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Kreisverwaltung die räumliche Isolierung zu vermeiden sucht. Die Kreisverwaltung muss einer sozial-kulturell bedingten Trennung von Gruppen auf Grund ihrer Herkunft entgegenwirken.
- zusätzliche Sprachförderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kindergärten und Schulen
- Wir setzen uns für eine vollständige Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen in die Gesellschaft und den Abbau von Diskriminierungen ein. Dazu halten wir die Abschaffung der nur auf Ausgrenzung ausgelegten Vorschriften des Ausländergesetzes für notwendig.



Auf Kreisebene fordern wir unter Einbeziehung der Kommunen:

- eine zentrale Eingliederungsberatung
- eine demokratische Kontrollinstanz für das Ausländeramt
- Öffentlichkeit und Rechenschaftspflicht bei allen ordnungs- und ausländeramtlichen Maßnahmen
- ein kommunales Angebot an Sprach- und Integrationskursen
- Herausgabe von mehrsprachigen Ratgebern für Integrationsfragen
- eine Beendigung von Ausweisungsverfahren gegen Familien
- ein dauerhaftes Bleiberecht (nicht nur „Duldung“) für Familienangehörige, deren Kinder in Deutschland geboren sind und
- ein eigenständiges Bleiberecht von Frauen nach einer Scheidung
- ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren.

### **Bildungseinrichtungen sind für Alle da**

In den nächsten Jahren stehen der Kreis Warendorf und seine Kommunen vor großen Herausforderungen bei der Entwicklung der Bildungseinrichtungen.

Es müssen vor allem zwei Problemfelder gelöst werden:

Das Schulsystem in Deutschland ist eines der sozial ungerechtesten in Europa. Nirgendwo sonst haben Kinder aus Arbeiterfamilien und Kinder aus Einwandererfamilien so geringe Chancen auf gleichwertige Schulabschlüsse.

Der Rückgang der Geburtenzahlen lässt die Zahl der Schülerinnen und Schüler schrumpfen. Das bedeutet gerade für kleinere Kommunen, dass nicht mehr alle Schulformen angeboten werden können und dass Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum immer weitere Wege zurücklegen müssen. Wenn hierauf nicht überzeugende Antworten gefunden werden, ist zu befürchten, dass die Jugendlichen auf dem Land gegenüber denen in den Städten noch weiter benach-

teilt und die kleinen Kommunen für Familien zunehmend unattraktiv werden. Beobachtbar sind gegenwärtig im Kreis sowohl vielfältige Bemühungen um neue Organisationsformen als auch unter den Gemeinden eine Konkurrenz, die tragfähige Lösungen erschwert.

DIE LINKE im Kreis Warendorf steht deshalb für eine Bildungspolitik, die gleiche Chancen für Alle bietet und ein flächendeckendes Angebot aller Schulabschlüsse zum Ziel hat.

Der Kreis und die Kommunen können zwar nicht das allgemeine Schulsystem einseitig verändern, aber sie müssen vor Ort ihre Gestaltungsspielräume nutzen, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Angesichts der genannten Probleme hält DIE LINKE im Kreis Warendorf als ersten vordringlichen Schritt den flächendeckenden Ausbau von integrierten Gesamtschulen als Regelschulen für dringend erforderlich. Die Verteilung von Kindern auf unterschiedliche Schulformen nach der vierten Klasse ist abzulehnen. Sie wird weder den Kindern in ihren unterschiedlichen Entwicklungsschritten gerecht, noch trägt sie dazu bei, soziale Nachteile auszugleichen.

Eine Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen unter Ausschluss der Gymnasien - wie sie das Konzept einer „Gemeinschaftsschule“ vorsieht - kann nicht unterstützt werden. Dies würde auf Dauer nicht mehr Chancengleichheit herstellen, sondern den Druck auf die Kinder in der vierten Klasse nur weiter erhöhen.

*DIE LINKE im Kreis Warendorf fordert:*

- gleiche Lebenschancen für alle Kinder und Jugendlichen
- sozial ausgleichende, kostenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis einschließlich zur Ausbildung oder bis zum Studium
- Schulen mit Schülern und Schülerinnen aus Migrantenfamilien, prekären sozialen Verhältnissen und mit Verhaltensauffälligkeiten müssen in der Sach- und Personalausstattung besondere Berück-

sichtigung finden. Hierzu ist die notwendige personelle Ausstattung mit Sprachtherapeuten, Sprachlehrern, Schulpsychologen u. a. sicherzustellen.

- der Kreis Warendorf muss für finanziellen Ausgleich – wo es notwendig ist – sorgen (z. B. Kosten für Einschulung, Fahrtkosten, Mittagessen, Lern- und Unterrichtsmittel sowie Schulausflüge). Der weit verbreiteten Kinderarmut ist gerade auch auf der Schulebene gezielt zu begegnen.
- Um den Mangel an LehrerInnen sowie FachlehrerInnen vor allem in den Berufsbildenden Schulen im technisch-wissenschaftlichen Bereich dauerhaft zu beheben, muss der Kreis in Zusammenarbeit mit dem Land als Träger des Schulwesens Anreize für die LehrerInnenausbildung schaffen.
- Statt des überholten dreigliederigen Schulsystems ein längeres gemeinsames Lernen in einer integrativen Schule für alle Kinder von der ersten bis zehnten Klasse. Auch Schüler mit speziellem Förderbedarf gehören dazu und erhalten dort die notwendige Förderung. Eine solche Schule sichert gleiche Bildungschancen unabhängig von Elternhaus und Einkommen, sozialer sowie kultureller Herkunft und individuellen Fähigkeiten. Die Schule in Ganztagsform ist Lebens- und Erfahrungsraum und Ort des Lernens. Ferner ist sie wohnortnah und in den Stadtteil eingebunden und orientiert sich an den Bedürfnissen der Kinder.

DIE LINKE begrüßt ehrenamtliches Engagement von Eltern und Schülern für ihre Schule. Dieses Engagement ist wichtig für eine solidarische und soziale Lernumgebung. Es darf aber nicht missbraucht werden, um notwendige Ausgaben etwa für Reinigung oder Renovierung der Schulgebäude oder für die Ausstattung der Klassenräume einzusparen. Investitionen in Schulgebäude sind Zukunftsinvestitionen.

## Umwelt und Verkehr

Auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise bleibt die Sorge für die Umwelt eine Hauptaufgabe für uns alle. Ökologisches Handeln ist eine Investition in die Zukunft und der richtige Weg, intelligent und vorausschauend wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.

*Die LINKE will im Kreistag Initiativen ergreifen und fordert:*

- Ausbau und Verdichtung des Öffentlichen Nahverkehrs im Verkehrsverbund
- Einrichtung einer Schnellbuslinie zwischen Nord- und Südteil des Kreises
- Investition in die Wiederaufnahme des Personenverkehrs der Teutoburger Wald Eisenbahn (TWE) auf der Strecke Münster-Neubeckum
- Zurückhaltung beim Straßenneubau und Vorrang für die Erhaltung und Sanierung.
- Flächen des Kreises sollen grundsätzlich frei von Gentechnik bewirtschaftet werden.
- Forstflächen im Besitz des Kreises sollen vorrangig dem Naturschutz und der Artenvielfalt dienen.
- Die Jagdsteuer soll beibehalten werden.
- Durch ein Investitionsprogramm sollen alle Gebäude im Eigentum des Kreises energetisch saniert werden. Dabei sollen auf allen in Frage kommenden Dachflächen Solaranlagen zur Strom- und/oder Wärme-gewinnung errichtet werden.
- Auch die Kreiswohnungsbaugenossenschaft soll über eine Initiative des Kreises ein entsprechendes Programm für regenerative Energien und Energieeffizienz auflegen. Dabei ist nach dem Modell anderer öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften Kostenneutralität für die Mieter Grundbedingung.
- Die Flächen für die Erzeugung von Windenergie soll im Kreis so weit wie es rechtlich möglich ist genutzt werden.

- Die Verwaltung muss ihre Beschaffung ökologisch überprüfen. So soll z.B. generell Recyclingpapier genutzt werden, der Strom soll zu 100% aus regenerativen Quellen stammen.
- In allen Ausschreibungen des Kreises für Beschaffungen, Reparaturen oder Neubauten sollen ökologische Kriterien Vergabebedingungen sein.
- Die RWE-Aktien des Kreises sollen offensiv dazu genutzt werden, bei den RWE eine Abkehr von der Atomenergie zu erreichen. Erträge aus den Aktien sollen dazu genutzt werden, die Programme für regenerative Energien zu finanzieren.
- Der Kreis unterstützt die Städte und Gemeinden darin, das Stromnetz in Eigenregie zu übernehmen.

### **Antifaschismus**

DIE LINKE erkennt die wachsende Gefahr vom politisch rechten Rand gerade auch im Kreis Warendorf.

Nach rechtsradikalen Übergriffen auf die Bevölkerung durch Gewalt und Drohungen, die sogar bis zum gezielten Mord reichen, sowie dem unfassbaren Vandalismus an den Gedenkstätten der Opfer nationalsozialistischer Gräueltaten und des Völkermordes als mahnendes Beispiel unserer Geschichte, fordert DIE LINKE im Kreis Warendorf wie in ganz Deutschland alle Mitglieder der Gesellschaft und damit stellvertretend alle Amts- und Mandatsträger sowie alle wahrhaft demokratischen Parteien und Organisationen auf entschieden gegen den Faschismus und Nationalsozialismus in den Köpfen gerade auch junger Mitglieder unserer Gesellschaft vorzugehen.

Dazu gehört nach unserem Verständnis nicht nur die Verweigerung einer Zusammenarbeit mit Parteien wie der NPD, Pro NRW und ihren lokalen Ablegern wie Pro Warendorf, sondern auch ein entschiedenes rechtsstaatliches Durchgreifen gegen so genannte freie Kameradschaften, Autonome Nationalisten und Nationale Sozialisten. Hierfür

ist es eindeutig notwendig, dass der Landrat aufhört das Problem klein zu reden und endlich Farbe bekennt ob er als Chef der Kreispolizeibehörde durchgreifen will oder darauf spekuliert bei den anstehenden Wahlen am rechten Rand zu fischen.

Zum Antifaschismus gehört für uns vor allem aber auch, dass der Kreis Warendorf Fachkräfte beschäftigt die sich um die schulische und außerschulische Aufklärung der Jugend jenseits des Geschichtsunterrichts, da gerade diese die erklärte Zielgruppe der modernen Nazis sind.

Diese gehen mit Jugendthemen die sie auf ihre Ideologie umschreiben wie Tierschutz und Antikapitalismus auf Stimmenfang. Wir sagen ganz deutlich: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen.



Wenn Sie sich weiter über DIE LINKE  
informieren möchten, dann finden Sie  
uns im Internet unter:  
[www.dielinke-kreis-warendorf.de](http://www.dielinke-kreis-warendorf.de)

Unsere Postadresse lautet:  
DIE LINKE KV Warendorf  
c/o Wigand Busse  
Bonifatiusstraße 26  
59229 Ahlen